

Mit hochrotem Kopf gegen die Schweiz

Die Kritik von Finanzminister Peer Steinbrück an der Schweizer Steuerpolitik findet nicht die Zustimmung der Deutschen in der Schweiz, schreibt Wilhelm Hansen

Dreiundsechzig Jahre nach Kriegsende hält ein deutscher Finanzminister es für erforderlich, dem südlichen Nachbarland mit der Peitsche zu drohen. Peer Steinbrücks Zorn richtete sich gegen die Schweiz, was er innert einer Woche mit hochrotem Kopf gleich mehrfach deutlich machte. Dem Minister missfällt, dass sich dieses widerspenstige Nachbarland eine eigene Steuerpolitik erlaubt. Bei seiner Kritik will er sich nicht mit diplomatischem Geplänkel aufhalten. Notfalls müsse man die Peitsche gebrauchen, um die Schweizer zur Räson zu bringen, lässt er polternd verlauten.

Seine Wortwahl ruft Erinnerungen an die Kanonenbootpolitik Wilhelms II. wach. Schon der verbalen Entgleisung muss deshalb energisch entgegengetreten werden. Bei dem Hinweis auf die Peitsche handelt sich nicht um eine vernachlässigbare Ungeschicklichkeit, sondern um eine Gewalt-Metapher, die in Europa nicht mehr geduldet werden kann. Peer Steinbrück lebt offensichtlich in der falschen Zeit. Zumindest hat er die Lehren der Vergangenheit nicht verstanden. Der Verzicht auf verbale Gewalt und Hetze ist eine Grundvoraussetzung des friedlichen Zusammenlebens der Menschen und der Völker.

Als Deutscher in der Schweiz lernt man nach Jahrzehnten erstmals wieder die Gefühlslage der Emigranten kennen. Zur Zuneigung gegenüber der Heimat gesellt sich die Angst, dass sich Deutschland wieder einmal durch Gewalthetze und Grössenwahn ins Abseits manövrieren könnte. Schweizer Freunde sprechen ihre deutschen Gäste darauf an, ob der Finanzminister eine Ausnahmeerscheinung darstelle oder ob sich eine allgemeine Tendenz des Umgangs mit den Nachbarländern ankündige. Als Deutscher kommt man unversehens in eine Verteidigungsposition, die man eigentlich gar nicht einnehmen möchte.

Die Peitsche des Finanzministers findet nämlich nicht die Zustimmung der Deutschen in der Schweiz. Vielmehr schämt man sich dieser Formulierungen, die viele Deutsche insgesamt als völlig inakzeptable Hetze

zwischen Freunden verstehen, denn Freunde sind Deutsche und Schweizer.

Jedes Jahr werden Tausende Deutsche in der Schweiz freundlich aufgenommen, die in der grossen Masse keine Steuerflüchtlinge sind. Viele folgen beruflichen Angeboten, verbunden mit der Vorstellung, dass die bilateralen Verträge Freizügigkeit geschaffen haben, die man gerne in Anspruch nimmt. Mit Steuerflucht hat das in der Regel gar nichts zu tun. Es ist völlig inakzeptabel, die wenigen Ausnahmen für das Ganze zu nehmen.

Der Finanzminister schadet auch den Menschen in den Grenzregionen. Dort wohnt man wieder eng beieinander, wie es vor den beiden Weltkriegen selbstverständlich war. Endlich waren die von Deutschland aufgerissenen Gräben zugeschüttet worden, und man lebt gemeinsam dies- und jenseits der durchlässigen Grenzen. Viele Konstanz finden in Kreuzlingen günstigere Wohnungen und gehen deshalb in die Schweiz, ohne Nachteile befürchten zu müssen. Mit gutem Gefühl schaut man dabei auf die zwischen Kreuzlingen und Konstanz geschaffene Kunst-Grenze moderner Skulpturen statt des Stacheldrahtes, der einst von deutscher Seite errichtet wurde, um die Flucht aus dem grossdeutschen Reich zu verhindern.

Wilhelm Hansen



Wilhelm Hansen, 60, ist seit 1998 als Anwalt in Konstanz (D) und seit einigen Jahren in Staad (SG) tätig. Zuvor war er 16 Jahre Erster Bürgermeister von Konstanz (1981 bis 1997) und Kreisvorsitzender der CDU im Landkreis Konstanz. Hansen reagiert auf Peer Steinbrücks Attacke auf die Schweizer Steuerpolitik.

Fast könnte man über diese Gedanken den Anlass des Zorns des Finanzministers vergessen: Es sind die bösen Steuerflüchtlinge und Fluchtgelder, die ihn ärgern und jede diplomatische Form vergessen lassen. Denn an ihm und seiner Regierung kann es nicht liegen, dass zahlreiche Mitbürger ihrem Vaterland den Rücken kehren oder Konten in anderen Ländern unterhalten.

Folglich müssen es die Gastgeber sein, die etwas falsch machen. Diese Bösewichte sind einfach zu grosszügig, sie knebeln ihre Bürger und Zuzüger nicht genug. Würden sie dies in ausreichendem Masse tun, so entfiele der Anreiz, meint Steinbrück. Wer das nicht einsieht, dem droht die Peitsche. Dabei ist die Schweiz ein Opfer, auf dem man hemmungslos herumtrampeln kann, ohne ernsthaft Sanktionen zu befürchten.

Andere Steuerparadiese finden keine Erwähnung, obwohl die Europäische Union eine ausreichende Anzahl an Steuerparadiesen bereithält. Dazu zählen nicht nur die Kanalinseln Jersey und Guernsey, sondern Gibraltar, etwas abgeschwächt auch Österreich und vor allem London. Dies zu erwähnen, verbietet offensichtlich die diplomatische Contenance, wenngleich die englische Gesetzgebung Zuwanderern wesentlich günstigere Steuer-Optionen anbietet als etwa die Schweiz. Russische Oligarchen wissen und nutzen dies ebenso wie zahlreiche andere Menschen mit umfangreichem Vermögen. Diesbezüglich zögert Peer Steinbrück mit der Peitsche, woraus man folgern kann, dass es nicht so sehr um die Sache geht, sondern um die eigene Profilierung. Auf kleineren Nachbarländern kann man ungestraft herumtrampeln. Gut nachbarschaftliche Beziehungen sind dabei offensichtlich irrelevant.

Für die Selbstprofilierungs-Wünsche des Finanzministers kommt es auch nicht darauf an, dass er den Deutschen allgemein und insbesondere den Deutschen in der Schweiz einen schlechten Dienst erweist: Er trägt dazu bei, dass diese anfangen, sich als Emigranten zu fühlen.